

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Mitglieder der Enquete-Kommission AIDS des Deutschen Bundestages zum AIDS-Urteil des Landgerichts Nürnberg: Der Denunziation Tür und Tor geöffnet.

Seite 1

Barbara Simons MdEP zur drohenden Hungerkatastrophe in Äthiopien: Die EG soll schnell und unbürokratisch helfen.

Seite 3

Helga Düchting MdL zur Forderung, Frauen in die Bundeswehr aufzunehmen: Kein Beitrag, die Gleichberechtigung zu erlangen.

Seite 4

Dr. Dietrich Sperling MdB zum Rückzug des Bundes aus dem Städtebau: Bundesrats-Mehrheit widerspricht der Regierung.

Seite 5

Rezension:

Klaus von Dohnanyi bespricht „Vergaßt uns nicht“ von Barbara Beuys: Ein notwendiges Buch über den Widerstand.

Seite 6

42. Jahrgang / 220

17. November 1987

Der Denunziation Tür und Tor geöffnet

Zum AIDS-Urteil des Landgerichts Nürnberg

Von Dipl.Psych. Sophinette Becker, Bundesanwalt Manfred Bruns, Margit Conrad MdB, Achim Großmann MdB, Dieter Riehl (Deutsche AIDS-Hilfe), Dr. Rolf Rosenbrock und Renate Schmidt MdB

Alle Mitglieder der Enquete-Kommission AIDS des Deutschen Bundestages

Das Urteil des Nürnberger Landgerichtes kann nur bestürzen, es stellt einen schweren Rückschlag für die Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS dar.

Der Nürnberger Urteilspruch verkennt die besonderen Umstände und Risiken der AIDS-Erkrankung beziehungsweise HIV-Infizierung, kontarkariert die von fast allen Experten (auch in der Enquete-Kommission AIDS des Deutschen Bundestages) propagierte Strategie zur AIDS-Bekämpfung und läuft auf ein lebenslanges Sexverbot für HIV-Positive hinaus.

Die gesellschaftspolitischen Auswirkungen dieses Urteils sind kaum abzuschätzen, es bedroht eine besonnene Strategie zur AIDS-Bekämpfung. Das Gericht hat völlig verkannt, daß nicht nur Infizierte eine besondere Verantwortung für die Gesundheit ihrer Partner haben, sondern daß vor allem Gesunde Verantwortung für ihre eigene Gesundheit tragen. Jeder der ungeschützten Geschlechtsverkehr hat, trägt auch ein persönliches Risiko, das er nicht auf seinen Partner abwälzen kann.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bazug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verlag/Redaktion
auswärtigen Postämtern
Kreuzing/Papier



Wenn das Gericht fordert, daß ein AIDS-Infizierter „nicht safer sex, sondern nur safe sex oder gar keinen Sex“ haben dürfe, wird der Stellenwert der Sexualität für jedes Individuum verkannt. Zudem zeigt diese Begründung, daß die Besonderheiten der Krankheit AIDS nicht erkannt wurden. Wer berücksichtigt, daß das Risiko, sich bei safer sex zu infizieren, ungleich geringer ist, als beim Überqueren eines Fußgängerüberweges von einem Auto überfahren zu werden, mag die Absurdität der Urteilsbegründung erkennen.

Zudem werden die Bemühungen über Aufklärung ein anderes Sexualverhalten, also safer sex, zu erreichen, diskriminiert. Damit trägt dieses Urteil unter Umständen dazu bei, Neuinfektionen zu verursachen.

Die in den Anhörungen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages vertretenen Experten waren sich in ihrer Mehrheit einig, daß es aufgrund der Besonderheiten der Krankheit AIDS nicht sinnvoll ist, diese in den Katalog der meldepflichtigen Geschlechtskrankheiten aufzunehmen. Eben diese medizinisch und gesundheitspolitisch begründete sinnvolle Entscheidung wird in der Urteilsbegründung durch das Gericht ausdrücklich gerügt.

Wir hoffen, daß dieses Urteil vor dem Bundesgerichtshof keinen Bestand haben wird. Andernfalls wird hier eine gesellschaftspolitische Lawine losgetreten, die in Stigmatisierung und Ausgrenzung Infizierter enden wird. Dieses Urteil bereitet den Weg zur Denunziation! Das Ghetto für Infizierte liegt in seiner Konsequenz.

(-/17.11.1987/vo-ha/rs)

* * *



Katastrophe in Äthiopien abwenden

Die EG soll den vom Hungertod bedrohten Menschen schnell und unbürokratisch helfen

Von Barbara Simons MdEP

Mehrere Millionen vom Hungertod bedrohte Menschen können in Äthiopien gerettet werden, wenn die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedsländer schnell und unbürokratisch Hilfe leisten und vor allem ihre Maßnahmen vernünftig koordinieren. Die äthiopische Regierung hat sich in Anbetracht der Dürre, der Heuschreckenplage und der zu erwartenden Mißernte dieses Mal frühzeitig mit dringenden Appellen um Hilfe an die Öffentlichkeit gewandt. Eine Hungerkatastrophe, vielleicht schlimmer noch als im Winter 1984/85 droht Millionen von Menschen in dem vom Bürgerkrieg gezeichneten Land.

Noch ist Zeit, dieses Unheil abzuwenden, wenn sich die wichtigsten Geberländer und -institutionen auf ein großzügiges gemeinsames Hilfsprogramm einigen, das bis in das nächste Jahr hinein andauern muß.

Neben ausreichenden Getreidelieferungen - die äthiopische Regierung fordert bis Sommer 1988 eine Million Tonnen - geht es um die Lösung des Verteilungsproblems. Hier gilt es, die 1984/85 gesammelten Erfahrungen zu nutzen, die äthiopische Relief Commission vorbehaltlos zu unterstützen, die Lieferungenmengen und -zeiten aufeinander abzustimmen und für Transportmittel zu sorgen. Diese Notsituation ist keine Gelegenheit, um der äthiopischen Regierung Vorhaltungen über die vermeintlich falsche Politik zu machen, sondern hier gilt es, Menschenleben, Kinder, Frauen, alte Menschen vor allem, vor dem grausamen Hungertod zu retten. An die kriegsführenden Gruppen in Äthiopien muß mit allem Nachdruck appelliert werden, die Hilfstransporte nicht zu behindern.

Die EG-Kommission hat aufgrund der äthiopischen Hilfsgesuche im Oktober zusätzlich 100.000 Tonnen Getreide nach Äthiopien geschickt und ebenfalls zusätzlich 40.000 Tonnen für das „Food for work“-Programm der FAO zur Verfügung gestellt. Der gesunkene Dollarkurs ermöglicht, daß weitere Lieferungen aus dem Haushalt finanziert werden können. Die EG-Kommission hat fest versichert, die Situation in Äthiopien mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen. Die ständige Zusammenarbeit mit der äthiopischen Regierung bewährt sich ebenso wie die Koordinierung der Maßnahmen mit der FAO und den EG-Mitgliedstaaten. Trotz dieser Zusicherung wird das Europäische Parlament, das die Bekämpfung des Hungers in der Welt zu einer seiner Prioritäten gemacht hat, nicht nachlassen in dem Bemühen, die europäische Bürokratie zum höchstmöglichen Einsatz zu mobilisieren.

(-/17.11.1987/va-he/rs)

* * *



Kein Beitrag, die Gleichberechtigung zu erlangen

Zur Forderung, Frauen in die Bundeswehr aufzunehmen

Von Helge Düchting MdL

Stellvertretende Vorsitzende der rheinland-pfälzischen SPD-Landtagsfraktion

Die wiederholte Forderung der CDU, Frauen in die Bundeswehr aufzunehmen, ist ein untauglicher Versuch, ausgerechnet in der Bundeswehr die Gleichberechtigung von Mann und Frau durchzusetzen.

Die Bundeswehr kann Frauen keinerlei Chancen bieten, gleichberechtigt behandelt zu werden. Das läßt sich bereits heute an den rund 52.000 Frauen im zivilen Dienst der Bundeswehr belegen, denn nur etwa drei Prozent der Frauen sind im höheren Dienst zu finden.

Ein bemerkenswertes Beispiel liefern auch die Ärztinnen in der Bundeswehr. Sie werden erst nach fertiger Ausbildung eingestellt, hingegen werden die Männer während ihres Dienstes auf Kosten der Bundeswehr ausgebildet. Schon für diesen Bereich muß es für Männer und Frauen gleiche Einstiegsbedingungen geben.

Noch drastischer wird sich diese Situation für Frauen darstellen, wenn sie - bei Aufrechterhaltung des im Grundgesetz verankerten Waffenverbotes für Frauen - freiwilligen Dienst in der Bundeswehr leisten könnten. Die korrekte Trennung des Truppendienstes mit oder ohne Waffe bedeutet, daß lediglich 2.000 bis 8.000 Stellen mit Frauen besetzt werden könnten. Dabei hätten sie ohnehin so gut wie keine Möglichkeit, Berufssoldatin zu werden, weil für die dafür zur Verfügung stehenden Dienstgrade eine ausreichende Zahl von Männern bereitstehen.

Für Frauen blieben also lediglich untere und mittlere Dienstgrade „auf Zeit“ übrig. Anschließend hätten sie kaum Chancen, auf dem Arbeitsmarkt unterzukommen, da sie in der Regel nicht bedarfsgerecht ausgebildet sind.

Wer unter diesen Bedingungen die Bundeswehr für die Frauen öffnen will, leistet keinen Beitrag zur Gleichstellung, sondern für eine weitere Diskriminierung. Auch die Katholische Frauenbewegung Deutschlands (KFD) hat in einem Gespräch mit SPD-Abgeordneten erklärt, sie sähe im freiwilligen militärischen Dienst für Frauen „keine Grundlage zur Verwirklichung von mehr Gleichberechtigung, keine wehrpolitische Lösung zur Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit und keinen Beitrag auf dem Weg zur Befriedung der Welt“.

(-/17.11.1987/vo-ha/rs)



Der Bund zieht sich aus dem Städtebau zurück

Bundesrats-Mehrheit widerspricht der Regierung

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Der Bund zieht sich Schritt für Schritt aus allen Bereichen des Wohnungs- und Städtebaus zurück, in denen er bisher Verantwortung getragen und Ausgaben getätigt hat. Dies gilt für direkte Förderung wie für steuerliche Begünstigung. Dies gilt für Städtebau und Stadtsanierung genauso wie für den sozialen Wohnungsbau und das Bausparen genauso wie für die Wohnungsmodernisierung und die Energieeinsparung. Die letzten neu entdeckten Sparquellen sind die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen und der kommunale Straßenbau.

Den Bau von Mietwohnungen fördert der Bund schon lange nicht mehr. Auf der Abschußliste steht jetzt auch die direkte Eigentumsförderung, das heißt die zielgerichtete, einkommensabhängige und kinderzahlabhängige Förderung des Baues neuer Eigenheime. Alleine im Bundeshaushalt 1988 sind weitere Kürzungen in Höhe von 250 Millionen DM vorgesehen. Diese Kürzungen sollen mittelfristig fortgesetzt werden.

Man muß dem gegenüberstellen, was die Mehrheit des Bundesrates - also nicht nur die sozialdemokratisch regierten Länder - in ihrer Stellungnahme zum Entwurf des Bundeshaushaltes gesagt haben:

„Wohnungsneubau wird auch künftig - besonders in Ballungsgebieten - notwendig sein; der Bund darf sich dieser gemeinsamen Verpflichtung nicht einseitig entziehen.“

Der Bund entzieht sich aber, obwohl der Wohnungsneubau mittlerweile total zusammengebrochen ist und für das nächste Jahr nicht einmal mehr 200.000 Neubauten erwartet werden können. Der Bund wird seinen sozialen, gesamtwirtschaftlichen, wohnungspolitischen Verpflichtungen nicht mehr gerecht.

[-/17.11.1987/vo-he/rs]

* * *



REZENSION

Ein notwendiges Buch über den Widerstand

Barbara Beuys, *Vergeßt uns nicht. Menschen im Widerstand 1933 – 1945*. Rowohlt-Verlag. Gebunden. DM 42.-.

Im Morgengrauen des 1. August 1933 wird der 20jährige Bruno Tesch von den Nazis hingerichtet. Obwohl von einem ordentlichen Gericht 1932 freigesprochen, halten ihm die Nazis die Schuld am Tode von SS-Männern am „Altonaer Blutsonntag“ 1932 vor. Der junge Kommunist Bruno Tesch, an den seit dem Frühjahr 1987 der Name einer Gesamtschule in Hamburg-Altona erinnert, hatte in seinem letzten Brief geschrieben: „Wir sterben, wie wir gekämpft haben. Vergeßt mich nicht! Vergeßt mich nicht!“ Ein Fall, ein Schicksal von vielen, die uns Barbara Beuys mit ihrem Buch „Vergeßt uns nicht“ in Erinnerung ruft.

Über den Widerstand gegen das Nazi-Regime gibt es eine Fülle historischer Literatur. Die Aktionen der Geschwister Scholl, der Kreisauer Kreis um Helmut Graf Moltke ebenso wie die Frauen und Männer des 20. Juli waren Gegenstand vieler Publikationen. Barbara Beuys steckt ihren Anspruch weiter. Die Autorin erzählt umfassend und zusammenhängend die Geschichte des Widerstandes. Ihre Gliederung in Zeitabschnitte erlaubt ein besseres Verständnis für die Wege, die gegangen werden mußten, um zum Widerstand zu finden. Ihr Buch ist also mehr als eine Geschichte des Widerstandes. Denn um die Wege des Widerstandes zu verstehen, muß man die Geschichte vor der Machtübernahme durch die Nazis und den Druck auf die Menschen nach Errichtung der Gewaltherrschaft kennen.

Barbara Beuys schreibt: „Die Deutschen unter Hitler waren kein Volk von Widerstandskämpfern. Die große Mehrheit hat sich ohne Zweifel dem ‚Führer‘ anvertraut und dem Terror gegenüber allen, die sich dem Nationalsozialismus nicht beugten, zustimmend bis tatenlos zugesehen. Wer nicht mitbellte, wer nur die Hand zum ‚Hitler-Gruß‘ hob, um nicht aufzufallen, war völlig isoliert und sehr einsam.“

Ja, so war es. Die erdrückende Mehrheit der Deutschen hatte mit dem NS-Regime seinen Frieden geschlossen. Viele waren sogar mit Begeisterung bei der Sache. Und doch war der Widerstand gegen das NS-Regime breiter, als es manche Gedenkfeier heute erkennen läßt. Der Widerstand der Arbeiterbewegung zum Beispiel ist zwar weniger durch spektakuläre Aktionen markiert und hat keine Zuspitzung auf ein konkretes Datum erfahren. Aber er setzte früher ein und war zu Beginn wohl auch die einzige Gefahr für die Nazis. Immer in Angst vor den Nachbarn, vor Bespitzelungen und Denunziationen, leisteten Sozialdemokraten und Kommunisten, Arbeiter, Gewerkschafter und Betriebsräte opferreiche konspirative Kleinarbeit. Dabei hatten es die Widerständler auch gegenüber den Führungsorganen der Arbeiterbewegung keineswegs leicht - angesichts einer KPD-Führung, die die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ diffamierte und gegenüber einer SPD, die die Hoffnung hatte, „durch disziplinierte Geschlossenheit“ könnte die faschistische Reaktion ebenso überwunden werden wie einst die Gewalt des Bismarck-Reiches.

„Die Republik, die man hatte verteidigen wollen, ging schutzlos unter“, schreibt Barbara Beuys. Ihr Buch ist auch dort ehrlich, wo erkennbar wird, daß manche spätere Widerstandskämpfer sich zunächst auch zu arrangieren versuchten. Denn auch dies gehört zum Verständnis der damaligen Lage, aber eben auch zur Wahrheit. Auch Barbara Beuys schreibt Streitiges als bewiesen und urteilt gelegentlich nach heutiger Lage auch dort, wo offenkundig weitere Forschung erforderlich sein wird. Doch ehe die Akten nicht alle vorliegen, muß das wohl so bleiben. Das Buch „Vergeßt uns nicht“ von Barbara Beuys ist ein notwendiges Buch. Es sollte viel gelesen werden.

Klaus von Dohnanyi

(-/17.11.1987/va-he/rs)

